

Verantwortlicher:

City-Bahn Chemnitz GmbH
vertreten durch die Geschäftsführung
Bahnhofstraße 1, 09111 Chemnitz
Telefon: +49 371 4957950
E-Mail: kontakt@city-bahn.de
Internet: www.city-bahn.de

Datenschutzbeauftragter:

Dresdner Institut für Datenschutz

Hospitalstraße 4, 01097 Dresden
Telefon: +49 351 655 722 0
E-Mail: dsb@city-bahn.de
Internet: www.dids.de

Verarbeitungszwecke sowie Rechtsgrundlage:

Die City-Bahn Chemnitz GmbH verarbeitet fallbezogen personenbezogene Daten von Fahrgästen ohne gültigen Fahrausweis zur Durchsetzung des erhöhten Beförderungsentgeltes (EBE) gemäß der Beförderungsbedingungen des VMS. Rechtsgrundlage bildet hierbei der Beförderungsvertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DS-GVO in Verbindung mit § 9 der Beförderungsbedingungen des VMS sowie das berechtigte Interesse der City-Bahn Chemnitz GmbH gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DS-GVO an der Durchsetzung von Forderungen aus erhöhten Beförderungsentgelten sowie der Verfolgung von Straftaten, insbesondere gemäß §§ 263, 265a Strafgesetzbuch (StGB). Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist verpflichtend. Sofern Fahrgäste ohne gültigen Fahrausweis nicht zur Selbstauskunft bereit sind, wird die Feststellung der Personalien durch die Polizei veranlasst.

Empfänger bei Datenübermittlung:

Werden die Forderungen mit Verstreichen der Mahnfrist nicht beglichen, werden die personenbezogenen Daten von Fahrgästen ohne gültigen Fahrausweis an ein vertraglich gebundenes Inkassounternehmen übermittelt. Weiterhin können personenbezogene Daten an eine Strafverfolgungsbehörde zwecks Strafanzeige weitergegeben werden. Soweit gesetzlich oder per Gerichtsbeschluss verpflichtet, erfolgt eine Übermittlung personenbezogener Daten an auskunftsberechtigte Stellen.

Dienstleister:

Mit von uns eingesetzten Dienstleistern bestehen, sofern erforderlich, Verträge zu Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DS-GVO.

Absicht eines Drittlandtransfers einschließlich der Rechtsgrundlage:

Es erfolgt keine Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation.

Dauer der Speicherung:

Die Aufbewahrung der EBE-Falldaten erfolgt für einen Zeitraum von zwei Jahren, sofern nicht eine längere Aufbewahrung der personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zu Zwecken der Strafverfolgung erforderlich sind. Zahlungsinformationen werden gemäß den Regelungen des §147 Abgabenordnung (AO) für zehn Jahre ab dem Ende des Jahres, in dem die personenbezogenen Daten erhoben wurden, aufbewahrt.

Hinweise auf Betroffenenrechte:

Betroffene können jederzeit Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls Berichtigung oder Löschung beziehungsweise Einschränkung der Verarbeitung verlangen oder einer Verarbeitung widersprechen. Außerdem besteht zu ihren Gunsten ein Recht auf Datenübertragbarkeit. Darüber hinaus kann, sofern die Datenverarbeitung aufgrund einer Einwilligung durchgeführt wird, diese jederzeit für die Zukunft widerrufen werden. Zur Ausübung Ihrer Rechte steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter unter den oben genannten Kontaktdaten zur Verfügung.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Es besteht für jede betroffene Person gemäß Art. 77 DS-GVO ein Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde, wenn vermutet wird, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt.